

**Allgemeine Anträge und Anregungen des Gemeinderats bei der
Generaldebatte des Haushaltsplans 2025 am 06.11.2024**

Anlage 2

Anmerkungen / Erledigung

I. Fraktion Freie Wähler Ostfildern e.V.

1. Die Freien Wähler möchten einen Bericht, wie mit dem Thema von kurzfristigem krankheitsbedingtem Personalausfall in Kindertagesstätten bisher verfahren wird, ob ein Pool an Einspringern (Erzieherinnen in Rente, in Elternzeit oder weitere Mitarbeiter, welche kurzfristig angefragt werden) eingerichtet ist und wer im Fachbereich für diese Aufgabe zuständig ist.
2. Darüber hinaus bittet die Fraktion der Freien Wähler, um eine Präsentation über den neuen Zuschnitt und die Mitarbeitenden des Fachbereichs 2, nachdem es hier einige Veränderungen gegeben hat.
3. Außerdem wird die Verwaltung im Frühjahr 2025 um eine Auswertung des Pilotprojekts "Offenburger Modell" gebeten, um über eine Fortsetzung auch in weiteren Einrichtungen zu entscheiden.
4. Um Kündigungswellen in einzelnen Einrichtungen der Kindertagesstätten zu vermeiden, wird die Verwaltung angefragt inwiefern eine Mediation durch den Fachbereich für die Einrichtungen erfolgt. Gibt es für diese Ansprechpartner innerhalb des Fachbereichs und sind zusätzliche Schulungen insbesondere für Kitaleitungen oder sonstige Unterstützungen geplant.
5. Die Verwaltung wird gebeten mit allen Grundschulen in Ostfildern ins Gespräch zu kommen, um herauszufinden welche Form der Ganztagesbetreuung sie wählen möchten. Im Anschluss muss ein Konzept zur Ganztagesbetreuung erstellt werden. Die Verwaltung soll spätestens im 2. Quartal 2025 dem Gemeinderat die Ergebnisse präsentieren, da diese für die Erstellung des Haushaltsplans 2026 von Bedeutung sind, denn für die Ganztagesbetreuung müssen ausreichend Mittel und geeignete Räume zur Verfügung gestellt werden.
6. Die Freien Wähler möchten ein Konzept, welche Aktionen unter Einbeziehung von Schulen, Vereinen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern unter dem Motto "Let's Putz Ostfildern" oder "Gemeinsam für unsere saubere Stadt" mehrmals im Jahr durchführbar sind.
7. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Bestellung eines amtlichen Stadtjägers, welcher den Bürgerinnen und Bürgern bei der weiteren Versorgung von verletzten Tieren durch Unfälle zur Seite steht, sinnvoll ist. Dazu ist mit den örtlichen Jagdpächtern in Kontakt zu treten. Hierüber soll der Gemeinderat spätestens im 2. Quartal 2025 informiert werden.
8. Die Fraktion der Freien Wähler beantragt für das 1. Quartal 2025 die Weiterführung des neuen Flächennutzungsplans.
9. Die Freien Wähler fordern, dass der Gemeinderat aktiv in die Planungen zum Radschnellweg eingebunden wird.

II. CDU-Fraktion

1. Die CDU-Fraktion erwartet für die bevorstehende Immobilienklausur einen ersten Sanierungsfahrplan der Verwaltung, wie in den kommenden Jahren mit den 100 städtischen Gebäuden weiterverfahren wird.
2. Vor dem Hintergrund des Sperrvermerks für die Mobilitätsstation bittet die CDU-Fraktion zu prüfen, inwieweit die Personalstelle "Fachkraft für Mobilität mit dem Schwerpunkt Mobilitätsstationen und Carsharing" aktuell besetzt werden muss.
3. Die CDU-Fraktion bittet um Auskunft, wo und wie viele Ladepunkte es in Ostfildern gibt, mit welcher Ladeleistung und wie deren Auslastung ist.

4. Die Verwaltung wird beauftragt zu evaluieren, ob es im Stadtgebiet Brachflächen gibt, die für einen Sammelstellplatz von Wohnmobilen und Wohnwagen - natürlich gegen eine Standgebühr - genutzt werden könnten.
5. Die CDU-Fraktion bittet um Prüfung, für welche Ampelanlagen eine KI-Steuerung Sinn ergeben würde und welche Anschaffungs- und Betriebskosten dadurch anfallen. Zudem soll recherchiert werden, ob die Möglichkeit in einen landesweiten Modellversuch einzusteigen besteht.
6. Darüber hinaus bittet die CDU-Fraktion um Prüfung, ob nicht auch durch frühere Abschaltung der Lichtsignalanlagen an Sonn- und Feiertagen, zur beginnenden Nachtzeit oder die spätere Inbetriebnahme in den frühen Morgenstunden, zu einem verbesserten Verkehrsfluss beitragen können.
7. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit Erweiterungen bzw. Arrondierungen in bereits bestehenden Gewerbegebieten möglich sind, um den örtlichen Betrieben die Möglichkeit zur Erweiterung und Modernisierung zu geben.

III. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Um den Radschnellweg Nellingen-Heumaden voranzubringen beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Verwaltung dem Gemeinderat den entsprechenden Zeitplan zur Fertigstellung sowie zur Einreichung eines Förderantrags für die Planungskosten und für die darauf aufbauenden weiterführenden planerischen Untersuchungen der derzeitigen Tassenvariante, vorlegt.
2. Zur Stärkung des Nahverkehrs bittet die Fraktion die Überprüfung der innerörtlichen Busverkehre und innerörtlichen Umsteigebeziehungen zur Erreichung von zentralen Zielen in der Stadt. Außerdem sollen die Wohn- und Gewerbegebiete, die durch den Einsatz des VVS-Riders an den Nahverkehr angeschlossen werden können, identifiziert werden.
3. Bündnis 90/Die Grünen erinnert an den Bericht über bereits eingerichtete und geplante Blühflächen und weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Artenschwunds.
4. Darüber hinaus bittet die Fraktion um einen Bericht über den Zustand der ökologischen Ausgleichsflächen auf dem Gemarkungsgebiet Ostfilderns und um Informationen, wie die Pflege und Kontrolle dieser Ausgleichsflächen erfolgt.
5. Bündnis 90/Die Grünen beantragt, die früher üblichen halbjährlichen Gespräche zwischen Stadt, Landwirtschaft und Naturschutzorganisationen unter Einbeziehung von Vertretern des Gemeinderats, wieder aufzunehmen.
6. Die Fraktion bittet um einen Bericht über den aktuellen Sachstand über das Konzept der kostenlosen Ganztagesgrundschule mit zusätzlichen Lehrkräften nach dem Landesmodell in Ruit und die Aufnahme in die Landesförderung für die Grundschulen im Scharnhäuser Park, Nellingen, Kemnat und Scharnhäusen.
7. Darüber hinaus bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um einen Bericht, welche Maßnahmen zur räumlichen und akustischen Verbesserung der Essenssituation in der Aula der Grundschule Ruit geplant sind und umgesetzt werden können.
8. Die Verwaltung wird um Information gebeten, an welchen Grundschulen Juniorklassen und Sprachfit-Angebote geplant sind, um die Sprachdefizite von Kindern vor der Einschulung anzugehen und welche Möglichkeiten der Beschulung es für zugezogene Kinder und Jugendliche mit Sprach- und Bildungsdefiziten gibt.
9. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bitten um einen Bericht, wie viele Kinder und Schülerinnen und Schüler in Ostfildern inklusiv in Kindertagesstätten und Schulen begleitet werden, wie viele Ausbildungsverhältnisse und Beschäftigungen von Menschen mit Behinderung es bei der Stadtverwaltung bzw. in Unternehmen Ostfilderns gibt und mit welchen Konzepten der Zugang erhöht werden kann.

IV. SPD-Fraktion

1. Die SPD-Fraktion beantragt, die Einführung der Grundsteuer C, welche ab 2025 für unbebaute und baureife Grundstücke erhoben werden kann, zu prüfen.
2. Die SPD-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung eine Initiative der Fachkräfteanwerbung von Erzieherinnen und Erziehern aus dem europäischen Ausland prüft. Außerdem wird angeregt, geeignete Geflüchtete gezielt zu gewinnen und für den pädagogischen Bereich zu qualifizieren.
3. Die SPD-Fraktion bittet um einen Bericht im 1. Quartal 2025, ob das Malteser Pilotprojekt zur ergänzenden Nachmittagsbetreuung auch auf andere städtische Kindertagesstätten übertragbar ist.
4. Für erhebliche Personalausfälle in Kindertagesstätten soll ein Notfallkonzept entwickelt werden und gegebenenfalls auch mit Personaldienstleistern zusammengearbeitet werden.
5. Die SPD-Fraktion bittet um einen Bericht, ob und in welchen Kindertagesstätten neue Konzepte mit mehr Flexibilität durch befristete Abweichungen von den Vorgaben des KVJS nach dem Erprobungsparagraph, künftig umgesetzt werden können.
6. Bevor weitere Überlegungen und Planungen zu den jährlichen Anpassungen der Gebühren für Kindertagesstätten gemacht werden, erwartet die SPD-Fraktion eine Auswertung zu den Mehreinnahmen durch die neue Gebührentabelle.
7. Die SPD-Fraktion bittet um einen Bericht, wie die Ganztagesbetreuung in den (Grund-)Schulen sichergestellt wird, auch für die Kinder aus dem SBBZ Lernen in der Lindenschule.
8. Die SPD-Fraktion regt an, dass die sanierte Schule im Park sich zur Ganztageschule umgestalten ließe und erwartet, dass die Schulverwaltung in Kooperation mit der Schule hierfür initiativ wird.
9. Durch die Bildungsreform und die damit verbundene Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium kommt die klassische Halbtagschule zurück, wodurch entstehende Betreuungslücken durch Nachmittagsangebote am Campus ausgeglichen werden müssen. Die SPD-Fraktion wünscht sich, dass die Schulverwaltung diesen Prozess begleitet und den Gemeinderat hierüber auf dem Laufenden hält.
10. Die SPD-Fraktion beantragt die Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung von 2018 und möchte darüber hinaus eine Information zur Einrichtung der neuen Juniorklassen.
11. Die SPD-Fraktion bittet um Auskunft, wie hoch die Fehlnutzung und der Leerstand von Wohnraum in der Stadt ist und mit welchen Maßnahmen dem begegnet werden kann. Außerdem soll geprüft werden, ob und unter welchen Umständen eine Umwandlung von Gewerbeflächen in Wohnraum möglich ist.
12. Darüber hinaus wird die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse analog der Praxis in Nachbarkommunen angeregt.
13. Die SPD-Fraktion bittet erneut, dass die Bevölkerung, die angrenzend an den Herzog-Philipp-Platz wohnt und vorwiegend den Platz nutzt, in offenen Konzepten an den weiteren Planungen der Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft beteiligt wird.
14. Es soll ein Konzept zur Parkraumbewirtschaftung am Herzog-Phillip-Platz und die Überarbeitung des rigiden Bebauungsplans zur Schaffung von Parkflächen zeitnah geprüft werden.
15. Die SPD-Fraktion fordert einen Bericht, wie weit die Planungen zum Ausbau der Carsharing-Angebote und der Ringbuslinie sowie zur Verlängerung der Stadtbahn nach Esslingen sind.
16. Die Stadtverwaltung wird beauftragt konkrete Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei Hitze, wie beispielsweise die Errichtung von Trinkwasserbrunnen und Einrichtung von großzügiger Beschattung an zentralen Orten, in einem Hitzeaktionsplan zusammenzufassen.

17. Die Aufgaben für den sozialen Zusammenhalt der Quartiersarbeit und der Arbeit in den Treffpunkten sind umfangreich und vielfältig. Daher bittet die SPD-Fraktion um Überprüfung, ob der Stellenumfang mit 50 Prozent für dieses Aufgabenfeld ausreichend ist.

V. Stadtrat Joachim Werner (Freie Demokraten)

1. Die Freien Demokraten bitten um ein regelmäßiges Update zum Stand der Digitalisierung in der Stadtverwaltung.

VI. Stadträtin Dr. Jutta Zwaschka (Die LINKE)

1. Die Linke bittet um Prüfung, wo es in Ostfildern möglich ist ungenutzte Einzelhandelsflächen in Wohnraum umzuwandeln. Da Wohnraum knapp ist, sollte ein Antrag auf Nutzungsänderung und die Genehmigung hierfür vom Bauamt erleichtert werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Standorte in Ostfildern für die Einrichtung und Ausgestaltung einer Grillstelle möglich sind und wird gebeten, hierbei die Jugendlichen miteinzubeziehen. Die Belegung kann über einen Online-Terminkalender unter Berücksichtigung einer Benutzungsordnung erfolgen.
3. Die Linke fordert die Stadt Ostfildern auf, dem Bündnis "Gemeinsam gegen Sexismus" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beizutreten und dadurch Herabwürdigungen aufgrund des Geschlechts, Machtmissbrauch und Grenzverletzungen vorzubeugen. Hierzu sollen Broschüren, Flyer und Informationsposter an geeigneten Stellen ausgelegt werden.
4. In Ostfildern herrscht eine Knappheit an Mietwohnungen, die zu höheren Mietpreisen führt. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Einführung einer Leerstandsabgabe für ungenutzte Wohnungen die Situation verbessert. Die Abgabe soll für Wohnungen, welche länger als sechs Monate am Stück leer stehen, erhoben werden. Dabei sind Ausnahmeregelungen zu berücksichtigen, wie z.B. erhebliche Baumängel des Objekts sowie Zweit- und Ferienwohnungen.